

Interpellation

Bildungspolitik in Langenthal: Besser verwalten und selber gestalten

Sowohl beim Projekt „Aufbau und Betrieb eines bedarfsgerechten Tagesschulangebots“ vom Mai 2010 wie auch beim Projekt „ict4kids“ vom Februar 2011 war der Stadtrat gezwungen, unter grossem Zeitdruck weitreichende Entscheide zu fällen. Obwohl bei beiden Projekten die verbindlichen kantonalen Vorgaben und Fristen länger bekannt waren, konnten diese nur knapp (Tagesschule) bzw. gar nicht (ict4kids) eingehalten werden. Es zeugt von wenig Respekt gegenüber den gewählten Volksvertreter/-innen, wenn politische Vorlagen nur unter grossen zeitlichen Sachzwängen diskutiert werden können, obwohl die entsprechenden Rahmenbedingungen längst bekannt sind.

Die beiden genannten Projekte stellen den zuständigen Behörden kein gutes Zeugnis aus und zeigen, dass die Bildungsstadt Langenthal unbedingt einer vorausblickenden Bildungspolitik bedarf. Besonders auf Kantonsebene anstehende bildungspolitische Entwicklungen müssen in Langenthal frühzeitiger erkannt und proaktiver angegangen werden. Zukünftig muss sichergestellt werden, dass auch bei Bildungsvorlagen von grosser Tragweite sowohl eine breite Diskussion und ein frühzeitiger Einbezug der gewählten Volksvertreter/-innen wie auch eine zeitgerechte Umsetzung der Vorhaben möglich sind.

Ich bitte den Gemeinderat deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was unternimmt der Gemeinderat zukünftig, damit politische Vorlagen, insbesondere im Bildungsbereich, von den Behörden nicht mehr unter grossem Zeitdruck behandelt werden müssen bzw. gar erst nach Ablauf kantonalen Fristen umgesetzt werden?
2. Warum hat sich die Stadt Langenthal – im Gegensatz zum überwiegenden Teil der bernischen Städte – nicht mit eigenen Eingaben an den wichtigen kantonalen Vernehmlassungen zum neuen Musikschulgesetz (MSG) und zur Teilrevision des Volksschulgesetzes (REVOS 2012) beteiligt?
3. Inwiefern beteiligt sich die Stadt Langenthal generell an kantonalen Vernehmlassungen, speziell auch im Bildungsbereich? Wie beurteilt der Gemeinderat den aktuellen verwaltungstechnischen Ablauf bei Vernehmlassungen?
4. Warum hat der Gemeinderat in den vergangenen Jahren – trotz umfangreicher Projekte im Bildungsbereich – darauf verzichtet, den Fachbereich Bildung mit zusätzlichen, befristeten Personalressourcen auszustatten, um die anfallenden Arbeiten bewältigen zu können?
5. Die kantonale Bildungsstrategie 2009 enthält verschiedene beabsichtigte Entwicklungsschritte für den Kindergarten und die Volksschule. Teilweise sollen diese bereits im Rahmen der anstehenden Teilrevision des Volksschulgesetzes (REVOS 2012, voraussichtliches Inkrafttreten: 1. August 2013) umgesetzt werden. Die Stadt Langenthal wird also in naher Zukunft von bildungspolitischen Entwicklungsschritten, die durch den Kanton angestossen werden, betroffen sein.

Wie stellt sich der Gemeinderat zu den nachfolgenden Projekten und welche konkreten diesbezüglichen Überlegungen haben sich die zuständigen Behörden (z.B. Gemeinderat, Volksschulkommission, Schulleitungskonferenz) bereits gemacht?

- a. Einführung einer Schulsozialarbeit (REVOS 2012, Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009-2012 [Seite 14], Postulat Müller Reto [SP] und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal)

- b. Einführung der Basisstufe (REVOS 2012)
 - c. Einführung des obligatorischen zweijährigen Kindergartens (REVOS 2012)
 - d. Verlegung des Stichtages für den Eintritt in den Kindergarten vom 30. April auf den 31. Juli (REVOS 2012)
 - e. Neue Finanzierung Volksschule (FILAG 2012)
6. Welche Auswirkungen (finanziell, organisatorisch, personell, infrastrukturell) erwartet der Gemeinderat jeweils als Folge bzw. im Falle einer Realisierung der genannten Projekte?
 7. Wie sehen die jeweiligen Zeitpläne bei einer (allfälligen) Realisierung der obenstehenden Entwicklungsschritte aus?
 8. Welche (weiteren) grösseren Bildungsvorlagen stehen gemäss aktuellem Kenntnisstand in den nächsten Jahren zur Behandlung in der Exekutive bzw. im Parlament an?
 9. Welche bildungspolitischen Akzente sollen in den nächsten Jahren gesetzt werden, um das Profil von Langenthal als Bildungsstadt zu schärfen und zu stärken?

Unterschrift:

Langenthal, 27. Juni 2011